

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 182 (2016)

Heft: 5

Artikel: Ein grosses Departement mit grossen Projekten

Autor: Bölsterli, Andreas

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-587050>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 13.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ein grosses Departement mit grossen Projekten

Das Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) ist mit seinen knapp 12000 Mitarbeitenden eines der grössten Departemente der Bundesverwaltung. Es ist – zwar nicht alleine – aber in wichtiger Stellung für die Sicherheit zuständig. Der neue Chef des VBS, Bundesrat Guy Parmelin hat die ASMZ am 11. April 2016 für ein Interview empfangen.

Andreas Bölsterli, Chefredaktor

Bundesrat Parmelin, seit mehr als 100 Tagen sind Sie Vorsteher des VBS. Wenn ich die Stichworte wie Ablösung Chef der Armee, BODLUV, neues Kampfflugzeug nenne, dann mangelt es Ihnen nicht an Herausforderungen. Welches ist aus Ihrer persönlichen Sicht die Grösste Aufgabe, die es jetzt anzugehen gilt?

Als Chef VBS habe ich viele Herausforderungen zu meistern; einige von ihnen haben Sie in Ihrer Frage bereits erwähnt. Die für mich grösste Herausforderung ist die Umsetzung der Weiterentwicklung der Armee, allenfalls nach einem Ja des Volkes, sofern das Referendum zustande kommt. Diese Reform ist wichtig. Sie wurde vor mehr als fünf Jahren begonnen, und es wird wei-

tere drei bis vier Jahre brauchen, bis sie realisiert ist. Die WEA besteht aus sehr vielen Teilaspekten, die koordiniert umgesetzt werden müssen, denken sie zum Beispiel an Organisation, Ausbildungs- und Dienstleistungssystem. Reformen und Weiterentwicklungen sehen auf dem Papier fast immer gut aus, aber in der Umsetzung gibt es immer wieder Überraschungen.

Daneben gibt es noch andere Herausforderungen für die Armee, wie zum Beispiel den Start des Prozesses für die Evaluation und allfällige Beschaffung eines neuen Kampfflugzeuges. Man darf nicht Kampfflugzeuge allein anschauen, sondern muss mindestens die bodengestützte Luftverteidigung einbeziehen, weil sich ihre Aufgaben stark überlappen. Es muss eine Gesamtsicht von bodengestützter und luftgestützter Luftverteidigung vorliegen.

Ich meine, dass mit der Einsetzung einer Begleitgruppe für die Evaluation und Beschaffung eines neuen Kampfflugzeuges (die auch die bodengestützte Luftverteidigung berücksichtigen soll) gute Voraussetzungen für eine solche Gesamtsicht geschaffen sind.

Eine weitere Herausforderung sind Einsätze der Armee, insbesondere subsidiäre Unterstützungseinsätze zur Bewältigung von Problemen der Migration.

Das sind nur ein paar wenige, wenn auch besonders grosse Herausforderun-

diese Reform den Ansprüchen an unsere Sicherheit genügen wird und ob die Armee ihren Auftrag erfüllen kann.

Ich bin zum Schluss gekommen, dass diese Reform für unsere Armee ein neuer Start ist. Sie kann damit ein jahre-, ja jahrzehntelanges Missverhältnis zwischen Ressourcen und Aufgaben hinter sich lassen und kommt wieder auf eine stabile Basis. Das höre ich auch aus vielen Gesprächen mit höheren Stabsoffizieren der Armee und zivilen Mitarbeitern. Man will auf einer klaren Ausgangslage mit der Umsetzung der Reform beginnen.

Mit der Umsetzung der WEA verfügen wir über eine Armee, die modern und vollständig ausgerüstet, gut ausgebildet, regional verankert und besser mobilisierbar wird. Dafür müssen nachhaltig genü-

gend finanzielle Mittel bereit gestellt werden. Der Bundesrat ist bereit, den Entschieden des Parlaments zu folgen, wonach die Armee für die nächsten vier Jahre 20 Milliarden Franken zur Verfügung haben soll. Das heisst – auch wegen des Stabilisierungsprogramms – allerdings nicht, dass damit eine finanzielle «carte blanche» erteilt worden wäre; aber es gibt der Armee die Gewissheit, ihre Aufträge erfüllen und die WEA wie geplant umsetzen zu können.

Sollte sich die Lage weiter verschlechtern, haben wir die Möglichkeit, die Investitionen weiter zu erhöhen. Gleiches gilt grundsätzlich auch für die Bestände der Armee.

Was unternimmt der Bundesrat, um sicher stellen zu können, dass die politischen Parteien der Schweiz die Sicher-

«Eigentlich bedaure ich, dass das Referendum durch Kreise lanciert wurde, die selber auch für mehr Sicherheit eintreten.»

gen. Es gibt noch viele andere, von der Modernisierung und Verbesserung der bevölkerungsschutzrelevanten Telekommunikation bis zu Fragen zu Aufgaben und Ressourcenbedarf im Bundesamt für Sport.

Die sicherheitspolitische Lage war in den letzten 25 Jahren noch nie so düster wie heute – Ihre eigenen Worte an der Sicherheitskonferenz in München. Man sollte nun endlich zugunsten der Sicherheit unseres Landes das VBS von den Sparanstrengungen befreien. Wie sehen Sie das?

Es ist tatsächlich so, dass mich in München der Pessimismus meiner Amtskollegen, vor allem jener aus dem Norden Europas, betroffen gemacht hat. Das war Anfang Februar. Die parlamentarische Behandlung der WEA war noch nicht abgeschlossen und ich stellte mir die Frage, ob



BR Parmelin im Gespräch
mit dem Chefredaktor.

Bilder: VBS

beit unseres Landes wieder als gemeinsames und wichtiges Anliegen wahrnehmen und sich auch entsprechend dafür einsetzen?

Ich glaube die vier Bundesratsparteien, die Mehrheit des Parlaments, haben sich einem sicherheitspolitischen Konsens angenähert. So wurden zum Beispiel zusätzliche Stellen für den Nachrichtendienst rasch gesprochen und damit auch ein Zeichen des Vertrauens gesetzt. Auch die Revision des Nachrichtendienstgesetzes wurde breit befürwortet, auch durch wichtige Exponenten der Sozialdemokratischen Partei. Das Referendum steht, die Debatte wird geführt, aber es besteht ein Kompromiss, der auch auf Vertrauen basiert. Man kann immer sagen, das genüge noch nicht, aber über alles gesehen, bin ich zuversichtlich und glaube, so etwas wie einen Paradigmenwechsel zu erkennen, und zwar über das ganze Parlament: Man will vor allem gegen die Bedrohungen durch den Terrorismus gewappnet sein, und man ist bereit, dazu die Gesetze anzupassen und die nötigen Ressourcen verfügbar zu machen.

Das VBS muss Personal abbauen, steht aber gleichzeitig vor der Initiierung gewichtiger Rüstungsvorhaben. Kritik zum Einsatz von externen Beratern und Kritik an Rüstungsvorlagen dominierten die

Schlagzeilen, unter anderem auch weil Spezialisten fehlen und fehlen werden. Wie kann das VBS diese Herausforderung meistern?

Das ist in der Tat eine grosse Herausforderung. Wir müssen – unter dauerndem Druck auf die Personalressourcen – sicherstellen, dass wir für anspruchsvolle, ja sogar sehr anspruchsvolle Projekte die nötige Anzahl Angestellte mit den richtigen Qualifikationen haben. Wir müssen diesen Aspekt verstärkt und systematisch berücksichtigen – es macht keinen Sinn, Projekte zu lancieren und sie wegen Mangel an geeigneten Mitarbeitern abbrechen zu müssen oder einen Fehlschlag zu riskieren.

Ich meine, dass das VBS auch für Projektmanager und Techniker immer noch ein attraktiver Arbeitgeber ist. Die Armee ist auf die Hochschulen zugegangen. Das

«Es gibt keine Lösungen, bei denen man einfach auf den Knopf drücken kann. Die Leistungsbereitschaft muss dauernd überprüft und optimiert werden.»

primäre Anliegen dabei war, den Nutzen einer militärischen Ausbildung deutlich zu machen. Aber vielleicht hat es auch dazu beigetragen, Armee und VBS als mögliche Arbeitgeber ins Blickfeld zu rücken.

Vielleicht können wir die durch den Chef der Armee geschaffenen guten Kontakte zu den Hochschulen weiter vertiefen und für junge Ingenieure spannende He-

erausforderungen für eine Mitarbeit in Beschaffungsprojekten prüfen. Unter Umständen kann das auch ein neuer Ansatz für ein Dienstleistungsmodell als Techniker in spannenden Rüstungsprojekten sein.

Eine dieser Herausforderungen ist die Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen. Es soll bis 2017 ein Grundlagenbericht erstellt werden. Welche Planungseckwerte dienen der neu bezeichneten Expertengruppe für den Bericht und den Finanzleuten für die richtige Dotierung des Projektierungs- und Entwicklungskredits (PEB Kredit)? Zwei strategische Stichworte dazu: Sonderfinanzierung oder ordentliches Rüstungsbudget – und damit verknüpft bereits jetzt die Frage des Einbezugs des Stimmvolkes.

Ich habe zwei Gruppen eingesetzt. Auf der einen Seite eine interne Expertengruppe, auf der anderen Seite eine mehr politische Begleitgruppe. Beide befassen sich mit der Evaluation und Beschaffung eines neuen Kampfflugzeuges, aber auch mit dem Verhältnis von bodengestützter Luftverteidigung und Kampfflugzeugen. Alle Fragen sollen auf den Tisch kommen, auch die von Ihnen angesprochene Frage, wie die Beschaffungen finanziert werden sollen. Der Auftrag ist sehr breit formuliert, um alle Aspekte beurteilen zu können. Die Begleitgruppe wird mir ihre Überlegungen und allfällige Empfehlungen mitteilen; sie hat aber kein Veto über die Ergebnisse der Arbeit der Expertengruppe. Es geht mir darum, zu Beginn die-

ses Projekts so umsichtig wie irgend möglich zu handeln, durch Einbezug aller Fachleute, aber auch der politischen Kreise.

Die Weiterentwicklung der Armee (WEA) steht im Gegenwind – armeefreundliche Kreise drohen mit einem Referendum gegen die WEA. Wie kann verhindert werden, dass sich auf Abstimmungspodien Armeebefürworter gegenseitig bekämpfen und so den Armeeausschaffern in die Hände spielen. Was kann der Bundesrat noch tun, um eine Niederlage zu Ungunsten der Sicherheit zu verhindern?

Eigentlich bedaure ich, dass das Referendum durch Kreise lanciert wurde, die selber auch für mehr Sicherheit eintreten. Nehmen wir einmal an, dass das Referendum angenommen wird: Was geschieht dann? Wir können dann die WEA nicht umsetzen, die Situation der Armee XXI bleibt aber unverändert, man hat keinen einzigen zusätzlichen Soldaten, man hat auch nicht mehr Geld, um mehr Soldaten auszurüsten – eigentlich wird die Armee eher noch geschwächt.

Wenn diese Kreise – und ich habe deren Vertreter empfangen und angehört – wirklich etwas Solides erreichen möchten, wäre es besser gewesen, sie hätten eine Volksinitiative lanciert, für eine grössere Armee und ein höheres Armeebudget.

Jetzt haben wir die Situation, dass wir wahrscheinlich noch einmal erklären müssen, wieso eine von Bundesrat und Parlament breit unterstützte Weiterentwicklung der Armee nötig und richtig ist. Wir stellen uns dieser Diskussion, wir werden auch gewinnen; aber den Aufwand einer Referendumsabstimmung hätte man sich sparen können.

Am Beispiel der Cyber-Gefahren zeigt es sich, dass die Risiken der heutigen Zeit nicht mehr mit den Gefahren des Kalten Krieges verglichen werden können. Und trotzdem hat man den Eindruck, dass gerade im Bereich der Abwehr dieser neuen Bedrohungen keine besonderen Anstrengungen erkennbar sind. Sind hier die Kompetenzen innerhalb des Bundes und zwischen dem Bund und der Wirtschaft richtig verteilt? Werden seitens Bund die richtigen Anstrengungen unternommen und was unternimmt das VBS konkret?

Der Bundesrat wird bis Ende dieses Jahres die Cyber-Strategie, die seit 2012 besteht, neu beurteilen. In diesem Bereich hat die Schweiz verschiedene Eigenheiten, besonders wenn man sie mit einem

stärker zentralisierten Staat wie Frankreich vergleicht. Das Bewusstsein um die Risiken muss gestärkt werden, die Leute sind oft naiv, und die Intensität der Angriffe nimmt laufend zu. Man sollte sich aber auch nicht täuschen: Im Hintergrund läuft Vieles – nicht nur auf der Angriffsseite, sondern auch auf jener des Schutzes und der Verteidigung. Wir wollen so lange es geht auf Eigenverantwortung setzen. Subsidiarität und Föderalismus erwecken zwar den Eindruck, dass es an einer zentralen Strategie fehle, aber sie sind auch Stärken: Die Schweiz kann man nicht mit einem wohlgezielten Schlag auf eine Zentrale lahmlegen.

Bundeskanzler Schmidt sagte 1986 vor dem deutschen Bundestag: «Ein Staat braucht eine Führung, die das Management einer Krise beherrscht und beherrschen will». Wie beurteilen Sie die Führung auf Stufe Bund: Wann muss oder soll der Bund die Führung übernehmen, haben wir die richtigen Instrumente, funktioniert der Sicherheitsverbund Schweiz? Wie und wann wird nach der SVU 14 weiter geübt in diesem Rahmen?

Ich habe die Auswertung der SVU 14 zur Kenntnis genommen. Eine der Lehren besteht darin, dass die Beziehungen zwischen dem Bund und den Kantonen optimiert werden müssen – eine weitere Verbesserung der Koordination auf allen Stufen. Der Föderalismus hat seine Eigenheiten. Wenn man nun auf Stufe Bund die Herausforderung der Migration angeht, die uns diesen Sommer sicher beschäftigen wird, dann braucht es vor allem eine funktionierende Koordination zwischen dem Staatssekretariat für Migration, dem Grenzwachtkorps, der Armee, dem Bevölkerungsschutz – und vor allem den Kantonen. Allein auf Stufe Bund gibt es also vier verschiedene Bereiche zu koor-

dinieren. Es geht nicht darum, jetzt ein Gremium zu bezeichnen, das führt; die Prozesse müssen bekannt sein, die Strukturen müssen handlungsfähig sein, um koordinieren zu können. Gerade das Migrationsproblem wird die Schweiz mit ihren föderalen Strukturen vor grosse



Herausforderungen stellen. Und das werden wir in nächster Zeit zu bewältigen haben. Das heisst aber nicht, dass wird in der Bewältigung sicherheitspolitischer Probleme aus diesem Grund schlechter wären als andere Staaten. Nehmen wir Frankreich mit seinen zentralistischen Strukturen: Auch dort ist nach den Attentaten nicht alles fehlerfrei abgelaufen. Aber wir wollen weiter üben, wir sind aktuell daran, die Themen für die nächsten Übungen zu fixieren. Das kann zum Beispiel ein terroristischer Angriff sein, kombiniert mit einem grossflächigen Stromausfall. Wir üben, um zu erkennen, ob die Führung funktioniert. Wenn nicht, wollen wir die Lehren daraus ziehen und besser werden.

Die Armee hat ein Leistungsprofil. Gibt es das auch auf Stufe Departement oder anders gefragt: Gibt es ein Leistungsprofil Ihres Departementes – damit meine ich alle Bereiche mit Ausnahme des Bundesamtes für Sport – insbesondere auch im Hinblick auf die kommenden Herausforderungen der Migration?

Ja, ich meine wir haben zumindest implizit ein Leistungsprofil des Departements. Das BABS hat unvermeidliche, klare Abhängigkeiten zur Armee. Aber auch im Bereich von Beschaffungen, von Ressourcen allgemein versuchen wir immer möglichst viel Synergien nutzen zu können. Auch hier, was kann man koordinieren, welche Abläufe im Departement optimieren, das sind Fragen die wir uns immer stellen bei grossen Projekten. Die Koordination findet im Generalsekretariat statt, wo auch ein entsprechendes Reporting institutionalisiert ist. Wenn man den Überblick behalten will, muss man diese Abläufe sehr eng verfolgen. Auch die Armee muss ihre Leistungen laufend analysieren und überprüfen. Dies auch im Hinblick auf mögliche Unterstützungsleistungen zugunsten der Kantone im Fall der Migrationsproblematik. Praktisch gesprochen, wenn ich 500, 1000 oder mehr Soldaten einsetzen muss, woher kommen sie, wie werden sie aufgeboden, ausgerüstet und in den Einsatz gebracht. Es gibt keine Lösungen, bei denen man einfach auf den Knopf drücken kann. Die Leistungsbereitschaft muss dauernd überprüft und optimiert werden.

Eine konkrete Frage zum Thema Unterstützung des Grenzwachtkorps. Welches Bild wollen Sie mit diesem Einsatz vermitteln – Soldaten die schützen, oder doch eher helfen oder die allenfalls sogar kämpfen? Welches Bild der Armee soll der Bevölkerung mit diesem möglichen Einsatz vermittelt werden?

Es geht nicht primär darum, ein Bild zu vermitteln, sondern die Armee muss in erster Linie die Aufgaben erfüllen, die im Interesse des Landes und der Bevölkerung sind und die ihr von den politischen Behörden zugewiesen werden. Wenn die Ar-

«Ich führe viele Gespräche, auch um die Ansichten zu Vorgehen und Umsetzung der WEA und zu weiteren Herausforderungen kennen zu lernen.»

mee eingesetzt wird, dann muss sie die Aufträge effizient erfüllen können, sie muss stabilisierend wirken und eine wirksame Unterstützung bieten. Die Aufgaben müssen der Armee entsprechen. Ich glaube «schützen» gehört immer dazu, «helfen» hängt von der konkreten Situation ab, aber persönlich verstehe ich unter «helfen» nicht, dass Soldaten Tee auschenken; das könnte eher z. B. der Zivilschutz tun. Die Armee kann dem GWK helfen, um an der Grenze dafür besorgt zu sein, dass sie Personen, welche die Grenze heimlich überschreiten, anhält und an Orte geleitet, wo sie vom GWK registriert werden. Das ist eine Aufgabe, die man der Armee als echte Unterstützungsleistung zuweisen kann.

Jedes Jahr verliert die Armee gegen 6000 Angehörige, weil sie den Zivildienst dem Militärdienst vorziehen. Eine Gewissensprüfung ist heute faktisch inexistent. An Orientierungstagen sagen Referenten den jungen Stellungspflichtigen sogar, man könne wählen zwischen Militär/Bevölkerungsschutz und Zivildienst. Was sind Ihre Erwartungen oder Vorstellungen an das künftige Dienstpflichtsystem? Was für Resultate erwarten Sie aus den Arbeiten der entsprechenden Studiengruppe?

Die Studiengruppe wird eine breite und gut fundierte Auslegeordnung vorlegen, das wird ihre wichtigste Aufgabe sein. Sie wird auch einen Vorschlag machen, dieser dient aber in erster Linie wohl dazu, eine öffentliche Diskussion auszulösen.

Der Bundesrat wird den Bericht der Studiengruppe zur Kenntnis nehmen, allfällige Empfehlungen sich aber nicht unbedingt zueigen machen. Das Parlament mit seinen Kommissionen wird voraussichtlich eine Diskussion führen. Jede grundlegende Anpassung wäre aber nur mittel- bis langfristig möglich. Bei der Armee kann sich die Bestandesproblematik akzentuieren. Ich stelle nicht den Zivildienst als solchen in Frage, aber für mich ist der Zivildienst für Personen vorbehalten, die echte Gewissensprobleme mit dem Militärdienst haben. Ich anerkenne ausdrücklich solche Gründe. Aber dann soll man einen Ersatzdienst von vollen 18 Monaten leisten, und zwar in jedem Fall, auch wenn man bereits einen Teil des Militärdienstes geleistet hat. Das ist derzeit nicht das Gesetz, wohl aber meine Meinung.

Zum Schluss noch eine praktische, feldtaugliche Frage, Herr Bundesrat. Wie spüren die Kader – aber auch die Angehörigen der Armee – ihren neuen politischen Chef? Sehen Sie vor, die Truppe oft zu besuchen und damit den persönlichen Kontakt zu pflegen oder haben Sie andere Ideen, um Ihre Armee kennen zu lernen?

Am WEF habe ich die Soldaten vor Ort besucht und mit ihnen gesprochen. Ich habe an diversen Rapporten teilgenommen und bei diesen Gelegenheiten meine Positionen vorgestellt. Ich habe sehr viel Kontakt mit Kadern, aber bislang weniger mit den Soldaten direkt. Ich führe viele Gespräche, auch um die Ansichten zu Vorgehen und Umsetzung der WEA und zu weiteren Herausforderungen kennen zu lernen. Ich werde aber nicht jede Woche Truppenbesuche machen können, weil mir die Zeit dazu schlicht fehlt und weil die grossen Dossiers im Moment meine ganze Aufmerksamkeit benötigen. Ich werde aber sicher im Rahmen von Übungen und besonderen Anlässen die Truppe besuchen, um mir ein Bild vor Ort im Gelände machen zu können.

Herr Bundesrat Parmelin, im Namen der Leserinnen und Leser der ASMZ danke ich Ihnen herzlich, dass Sie sich für dieses Interview Zeit genommen haben und ich wünsche Ihnen in Ihrem Amt weiterhin alles Gute, spannende Herausforderungen und auch die nötige Portion Glück bei Ihren Entscheiden. ■